

# **Beschlussbuch zum Bildungspolitischen Parteitag, 17.07.23**

cvtx

8. August 2023

# Inhaltsverzeichnis

## Leitantrag 1

|  |   |
|--|---|
| <b>1/II/2023 Wir können Bildung - von München für Bayerns Bildungspolitik lernen</b> |   |
| <i>in geänderter Fassung angenommen</i> . . . . .                                    | 1 |

## Satzungsändernde Anträge 9

|  |    |
|--|----|
| <b>1/II/2023 Möglichkeit der Doppelspitze in der Satzung SPD München verankern</b> |    |
| <i>angenommen</i> . . . . .  | 10 |

## Bildung 10

|  |    |
|--|----|
| <b>2/II/2023 Kontingente bei den städtischen Wohnbaugesellschaften für MitarbeiterInnen der städtischen KiGa/KiTa und für ErzieherInnen der städt. Schulen als Beitrag, MitarbeiterInnen zu finden</b> |    |
| <i>angenommen</i> . . . . .  | 11 |

|   |    |
|---|----|
| <b>10/II/2023 Solidarität und Unterstützung von „Bildungswende JETZT“</b> |    |
| <i>angenommen</i> . . . . .   | 11 |

|  |    |
|--|----|
| <b>16/II/2023 Integration statt Segregation – Einführung eines kultursensiblen Bildungsclearing für Neuzugewanderte an den bayerischen Schulen</b> |    |
| <i>angenommen</i> . . . . .  | 11 |

|   |    |
|---|----|
| <b>18/II/2023 Mehr Lehrpersonal für die Schulen</b> |    |
| <i>angenommen</i> . . . . .                         | 12 |

|  |    |
|--|----|
| <b>19/II/2023 Schnellere Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen</b> |    |
| <i>in geänderter Fassung angenommen</i> . . . . .                            | 13 |

## Anträge 13

|  |    |
|--|----|
| <b>13/II/2023 Sofortige Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie</b> |    |
| <i>in geänderter Fassung angenommen</i> . . . . .                  | 14 |

## Initiativanträge 14

|   |    |
|---|----|
| <b>1/II/2023 Flucht und Asyl, aber sicher!</b>    |    |
| <i>in geänderter Fassung angenommen</i> . . . . . | 15 |

|   |    |
|---|----|
| <b>2/II/2023 Streumunition weiterhin ächten</b> |    |
| <i>angenommen</i> . . . . .                     | 17 |

## Leitantrag

1/11/2023

**Beschluss**

in geänderter Fassung angenommen

**Wir können Bildung - von München für Bayerns Bildungspolitik lernen**

Bildung verstehen wir als einen lebenslangen Prozess. Als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sorgen wir in München für eine Infrastruktur, die diesen lebenslangen Prozess ermöglicht. Das wollen wir auch für Bayern. Das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ist geprägt von ihrer Zeit in Bildungseinrichtungen. Sie stehen deshalb im Mittelpunkt dieses Antrags.

Seit Jahren ist die bayerische Bildungslandschaft geprägt von unerbittlichem Leistungsdruck auf junge Menschen und ihre Familien, von Fachkräftemangel im Kita- und mittlerweile auch Schulbereich, von unzureichenden Arbeitsbedingungen für viele Lehrkräfte durch zu wenig Personal, von Unterfinanzierung und in die Jahre gekommener Ausstattung in starren, überholten Strukturen. In der Bildungsstadt München wird dieser Bildungspolitik seit jeher mit sozialdemokratischer Prägung ein anderer Geist entgegengesetzt. Von kostenfreien Kindergärten über größere Unterrichtsräume bis hin zur München-Zulage für Beschäftigte und bedarfsgerechter Budgetierung an vielen weiterführenden städtischen Schulen: die Landeshauptstadt München tut alles auf kommunaler Ebene Mögliche dafür, dass gute Bildung keine Frage des Geldbeutels der Eltern sein darf und gleicht als Kommune mit zusätzlichen Mitteln die Defizite des Freistaates aus. Hier braucht es flächendeckend gute Ausstattung aller Kommunen im ganzen Bundesland. Gute Bildung in Kita und Schule sind die Grundlage für eine friedliche, solidarische, respektvolle und demokratische Gesellschaft. Auch aus individueller Sicht ist Bildung die Basis für den persönlichen Lebensweg. Welchen Beruf Menschen erlernen, wie viel sie verdienen, wie glücklich sie mit ihrem Leben werden: Vieles davon ist geprägt von den Jahren in der Kita und vor allem der Schule.

Der familiäre Hintergrund hat in Bayern einen erheblichen Einfluss auf den schulischen Erfolg von Kindern und Jugendlichen. Unterschiede im Bildungserfolg entstehen meist nicht durch individuelle Leistungsunterschiede, sondern durch die strukturelle Benachteiligung bestimmter Schüler\*innengruppen. Wir als SPD stellen uns dieser Entwicklung in München entgegen und haben über Generationen dafür gesorgt, dass Bildung in München so gut ist, wie im Rahmen der Vorgaben des Freistaats irgend möglich. Die gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft erfordern die beste Bildung für alle Kinder und Jugendlichen. Aufgrund des dreigliedrigen Schulsystems und der finanziellen Herausforderungen, die gute Bildung trotz eigentlicher Kostenfreiheit der Bildung auch heute noch bedeutet, sind selbst in München noch heute klare Unterschiede bei den Schüler\*innen je nach Stadtviertel, Geschlecht, Muttersprache und wirtschaftlicher Situation/Bildungsgrad der Eltern ersichtlich. Dem müssen wir durch eine neue Bildungspolitik auf Landesebene entgegentreten und für echte Bildungsgerechtigkeit sorgen.

Als SPD in Bayern und gerade auch in München kämpfen wir gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und Schüler\*innen- sowie Elternvertretungen für ein besseres, faires Bildungssystem für alle in Bayern. Vieles, das in München bereits gelebt wird, kann gut auf den gesamten Freistaat

übertragen werden. Vieles andere könnte in München noch viel besser sein, wenn der Freistaat die entsprechenden Bedingungen schaffen würde. Das ist unser Ziel!

### 1) Frühkindliche Bildung

Die formale Bildung beginnt in den frühkindlichen Einrichtungen. Die Fachkräfte tragen einen erheblichen Teil zur frühkindlichen Entwicklung der Kinder bei. In München sind über die Münchner Förderformel, inklusive und alltagsintegrierte Förderung und die weitestgehende Kostenfreiheit von Kitas alle Möglichkeiten gegeben, dass Kinder schon vor der Schule gute Bildung, Erziehung und Betreuung sowie ganzheitliche Förderung und gesellschaftliche Teilhabe erfahren können. Die Münchner Förderung im Bereich der frühkindlichen Bildung ist bundesweit vorbildlich und in ihrem Volumen einzigartig, wovon die Münchner Familien profitieren. Hierbei wird besonders viel Wert darauf gelegt, dass es keine Diskriminierung gibt und Stereotype überwunden werden. Das braucht ganz Bayern! Aufgrund des Fachkräftemangels ist es dennoch weiterhin schwierig, jedem Kind einen geeigneten Platz anzubieten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, für den seitens des Freistaats Mittel bereitgestellt werden müssen. Um den Schulanfang für alle Kinder zu erleichtern, muss das letzte Kindergartenjahr verpflichtend werden.

### 2) Schulische Bildung

Wir stehen für eine Schule, die im Zeichen der Bildungsgerechtigkeit steht und die persönliche Leistung aller Schülerinnen und Schüler fördert und wertschätzt. Das bedeutet: Die Chancen auf schulischen und späteren beruflichen Erfolg müssen unabhängig vom Geldbeutel und der Herkunft der Eltern allen Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden. Um sozioökonomische Benachteiligung von Schüler\*innen auszugleichen fördern wir die bedarfsorientierte Budgetierung von Schulen nach Münchner Vorbild. Das heißt, finanzielle Mittel sollen für Förderangebote und Lernmittel gezielt an Schulen mit einem erhöhten Anteil benachteiligter Schüler\*innen eingesetzt werden.

Das gegliederte Schulsystem und die frühe Selektion von Schüler\*innen in Bayern verstärkt die Ungleichheit der Bildungschancen. Ebenso sehen sich Familien trotz angeblicher Lernmittelfreiheit jährlich enormen Kosten gegenüber. Um Teilhabe und Gerechtigkeit zu garantieren, wollen wir eine echte Lernmittelfreiheit. Nicht nur Schulbücher, sondern auch Arbeitsblätter, Schulranzen, Schreibsachen, digitale Ausstattung, Sportausrüstung und Ausflüge dürfen für Familien keinerlei Kosten mit sich bringen. Nicht mehr benötigte Dinge sollten eingesammelt und wiederverwendet werden.

Mit dem Eintritt in die Grundschule beginnt für Kindern und Eltern ein neuer Lebensabschnitt. Die Schulzeit ist für viele Menschen prägend für den weiteren Lebensverlauf. Schule muss für Kinder von Beginn an zu einem Ort werden, in dem sie individuell gesehen, wertgeschätzt und gefördert werden. Dafür schaffen wir den Rahmen. Schulen sind geprägt von unterschiedlichen Lernbiographien und der Heterogenität einer jeden Lerngruppe. Vielfalt sehen wir als Chance. Jede\*r kann von den anderen lernen und an den unterschiedlichen Erfahrungen wachsen. Notendruck und Selektion nach Leistungsfähigkeit stehen dem entgegen. Dort, wo Heterogenität zu Spannungen führt, braucht es ausreichend Angebote zur Bekämpfung von Vorurteilen, zur Unterstützung bei der Konfliktlösung und der Verständigung, auch über Unterschiede hinweg. Vielfalt bedeutet natürlich immer auch, dass jeder Mensch mit seinen speziellen Bedürfnissen und Fähigkeiten angenommen und unterstützt werden muss. Barrierefreiheit hat im Bereich der Bildung oberste Priorität.

Um Heterogenität als Chance nutzen zu können, müssen Lernorte so gestaltet sein, dass sie einen flexiblen Einsatz und einen variantenreichen Wechsel zwischen unterschiedlichen Methoden und Arbeitsformen zulassen. Das 2015 eingeführte Münchner Lernhauskonzept entspricht den Anforderungen an den Lernort Schule in

besonderer Weise und hat sich als erfolgreiches Programm an den Münchner Schulen etabliert. Das Lernhauskonzept gliedert eine Schule in kleinere pädagogische, organisatorische, räumliche sowie flexibel bespielbare Untereinheiten. Es fördert offene Lernstrukturen und ein breites Spektrum an schülerzentrierten, selbst organisierten Lernformen. Auch mit Blick auf die Anforderungen von Inklusion und Ganztagsbetrieb hat sich die Strukturierung in Lernhäuser als besonders wertvolles Konzept erwiesen. Mit dem Lernhauskonzept hat München eine zukunftsweisende Antwort auf die heutigen pädagogischen Anforderungen gegeben.

Neben der räumlichen und organisatorischen Strukturierung durch die Lernhäuser sind es vor allem die pädagogischen Beziehungen, durch die Kinder und Jugendliche Wertschätzung und Anerkennung erfahren. Schule sehen wir über den Unterricht hinaus als einen zentralen Sozialisationsort für Kinder und Jugendliche. Um Schule entsprechend zu gestalten, sind multiprofessionelle Teams heute unverzichtbar. Das heißt für uns, dass zum Beispiel Sozialpädagog\*innen und Schulpsycholog\*innen nicht nur als Ergänzung zu den Lehrkräften verstanden werden, sondern fest in den Schultag integriert sind und bei pädagogischen Überlegungen und Entscheidungen zu Schüler\*innen oder Lerngruppen immer mit einbezogen werden. Den Ansatz multiprofessioneller Teams baut München seit Jahren kontinuierlich aus. Ebenso wurde in der Landeshauptstadt die Schulsozialarbeit stetig ausgeweitet, damit Schüler\*innen direkt vor Ort Unterstützung bekommen. Dies muss im gesamten Freistaat an allen Schularten ausreichend angeboten und von Landesseite finanziert werden.

Schule als Lern- und Lebensraum benötigt daneben eine Infrastruktur an Angeboten, die über den Unterricht hinausgehen. Dazu gehören therapeutische Angebote, Beratungsmöglichkeiten und eine Gesundheitsversorgung, die direkt in den Schulen angesiedelt ist. Der Bedarf an Therapien ist in den letzten Jahren bei Kindern und Jugendlichen deutlich angestiegen. Die Möglichkeit, Therapien im vertrauten Umfeld Schule wahrzunehmen, ist besonders für Grundschulkindern wichtig und ist auch für die Familien eine organisatorische Entlastung. Daneben wollen wir die Etablierung einer Schulkrankenpflege in allen Schulen fördern, die Kinder und Erziehungsberechtigte in gesundheitlichen Fragen berät und unterstützt. Nicht zuletzt aus gesundheitlichen Gründen wollen wir morgens einen späteren Schulbeginn für die höheren Klassen.

Lernen in der Schule soll Freude machen und Interesse an den verschiedenen Fächern wecken. Schüler\*innen sollen einen Raum bekommen, in dem sie frei von extrinsischen Druckmitteln, wie z.B. Noten, Kompetenzen erwerben können. Die Leistungsbewertung anhand von Noten muss abgeschafft und durch zukunftsorientierte Rückmeldungen und Prüfungsformen, in denen alle Schüler\*innen ihr gelerntes zeigen können, ersetzt werden. „Unangekündigte Leistungsnachweise“ sind dabei abzulehnen. Diese erhöhen den schulischen Stress und die Gefahr von Prüfungsangst.

Schwimmen ist für Kinder und Jugendliche lebenswichtig. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder in der Grundschule ausreichend Schwimmunterricht erhalten und schwimmen lernen.

Der schulische Ganztags ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit und trägt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele Eltern bei. Wir haben als SPD dafür gesorgt, dass die Stadt München als Vorreiterin den schulischen Ganztags bereits ab 2003 an den städtischen Schulen kontinuierlich ausgebaut hat und werden sicherstellen, dass der Rechtsanspruch auf schulischen Ganztags ab 2025 flächendeckend an allen Münchner Schulen umgesetzt wird. Dabei soll sowohl der gebundene als auch der offene Ganztags als Wahlmöglichkeit zur Verfügung stehen. Wichtig ist uns, dass Ganztagsangebote immer im Rahmen zeitgemäßer pädagogischer Konzepte stattfinden. Die Ganztagsbetreuung wird ausschließlich von pädagogisch geschulten Fachkräften und Lehrkräften übernommen. Die Personen, die derzeit in Mittagsbetreuungen usw. beschäftigt sind, sollen durch einfache Weiterqualifizierung und durch niederschwellige Angebote die Möglichkeit haben, sich auch künftig im Bereich des Ganztags einzubringen. Für Ferienzeiten wollen wir verstärkte

Angebote durch freie Träger fördern, um Schüler\*innen abwechslungsreiche Angebote zu eröffnen, wenn die Eltern keine Betreuung während der gesamten Ferientage leisten können.

Wir wollen das erfolgreiche, vor allem in München etablierte Modell des Kooperativen Ganztags ausbauen und ausweiten. Schule soll Spaß machen und insbesondere dann, wenn sie als Ganztag gelebt wird, soll sie von offenen Unterrichtsformen und flexibel gestaltbaren Räumlichkeiten geprägt sein. Die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit sollen hier ebenso beteiligt werden wie Vereine und andere örtliche Player. Der Ganztag soll mit einem guten pädagogischen Konzept hinterlegt sein, um das volle Potential der Schüler\*innen in allen Bereichen (auch jenseits der klassischen Unterrichtsfächer) zu wecken, ihnen Freude an Lernen, Hobbys und Freizeit zu vermitteln und auch Freundschaften und soziale Bindungen zu stärken. Auch die spätere berufliche Perspektive sollte hier eine Rolle spielen und Talente, Interessen und berufliche Möglichkeiten der jungen Menschen fördern.

Schule soll möglichst inklusiv und für alle sein. Förderschulen werden wir zu Kompetenzzentren weiterentwickeln und die Lehrkräfte in den Regelschulen einsetzen. Förderschulen wollen wir als Wahlangebot für die Familien erhalten.

Die Corona-Pandemie hat deutlich die Unzulänglichkeiten der Digitalisierung im Bildungsbereich in Bayern aufgezeigt. Von der Landeshauptstadt München wurde zusätzlich zu den Bundesmitteln Geld für den digitalen Ausbau in allen Bereichen bereitgestellt. Dies muss im ganzen Freistaat der Standard sein. Nicht nur in speziellen Unterrichtseinheiten, sondern ganz "nebenbei" im Umgang damit sollen Kinder und Jugendliche technische Möglichkeiten kennen und benutzen lernen. Gleichzeitig muss ihnen auch ein Gefühl für die Grenzen und Risiken der heutigen Technik vermittelt werden

Wir wollen Kinder durch Bildung für das Leben stärken. Daher muss der Lehrplan an allen Schularten dringend um mehr lebensnahe Themen wie Gesundheit und Erste Hilfe, Versicherungen und Steuer, Arbeitswelt, Medien, Ernährung und Kochen erweitert werden. Für die Herausforderungen der Zukunft brauchen wir ein Lernen für die Zukunft. In den Lehrplänen soll sich besonders eine Bildung für nachhaltige Entwicklung widerspiegeln. Zudem sollen Unterrichtsinhalte an der Lebensrealität unterschiedlicher sozialer Milieus anknüpfen und verschiedene Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen gleichermaßen wertschätzen. Wir fördern Aktionen und Projekte zur Förderung von Toleranz und Vielfalt sowie internationale Schüleraustausche und Bildungskooperationen. Die Schüler\*innenmitverantwortung und Elternvertretungen müssen gestärkt werden. Das Pädagogische Institut - Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement der Stadt München kann für viele der zu konzipierenden Angebote als Vorbild und Impulsgeberin dienen.

Die Münchner SPD setzt sich für ein längeres gemeinsames Lernen ein. Das dreigliedrige Schulsystem wird der Heterogenität der heutigen Gesellschaft nicht gerecht. Die Aufteilung in unterschiedliche Schultypen steht zum einen einer individuellen Lernförderung entgegen und fördert auf der anderen Seite Bildungsungleichheit. Der Übertritt nach der Grundschule an die verschiedenen weiterführenden Schulen (Mittel-, Realschule und Gymnasium) ist vor allem abhängig vom sozioökonomischen Hintergrund der Eltern. Das gegliederte Schulsystem verstärkt soziale und ökonomische Ungleichheit.

Eine Gemeinschaftsschule dagegen ermöglicht unabhängig vom sozialen Hintergrund jedem Kind und Jugendlichen beste Bildungschancen. Das heißt für uns echte individuelle Lernprozesse in gemeinsamen Lerngruppen unabhängig vom sozialen Hintergrund der Eltern. Die pädagogischen Konzepte dazu sind vorhanden und erprobt. Die Gemeinschaftsschule bedeutet Individualisierung beim Lernen und Zusammenhalt im Leben. Die Landeshauptstadt München hat sich erfolgreich zwei Schulen erkämpft, doch für den Großteil der

Schüler\*innen gibt es weiterhin keine andere Wahl als die Trennung nach der vierten Klasse. Mit einigen wenigen "Schulen besonderer Art" für Bayern ist es nicht getan! Gemeinschaftsschulen müssen als gleichwertige Alternative zugelassen sein. In anderen Bundesländern und vor allem auch Ländern gibt es moderne, vielseitige Schulformen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen und die individuellen Fähigkeiten der einzelnen Schüler\*innen besonders stärken. Hierfür braucht es rege Austauschplattformen für bayerische Lehrkräfte und Schulleitungen mit ihren Pendanten aus anderen (Bundes-)Ländern. Wir wollen ein entsprechendes Austauschprogramm für den Freistaat konzipieren.

Viele Schüler\*innen sind nach dem Ende der Schulzeit von einem Tag auf den anderen auf sich alleine gestellt. Wir wollen ein Konzept etablieren, mit dem Absolvent\*innen und Schulabbrecher\*innen gleichermaßen mindestens ein Jahr lang nach Ende der Schulzeit eng begleitet werden. Die Einhaltung der Berufsschulpflicht sollte streng kontrolliert werden, mögliche Schlupflöcher müssen geschlossen werden. Das berufsvorbereitende Jahr und die Berufsintegration sind hierbei besonders zu stärken.

### 3) Berufliche Bildung

Das duale Ausbildungssystem ist international anerkannt. Menschen in praktischen Berufen ermöglichen die Transformation der Gesellschaft und sichern unseren Wohlstand. Sie verdienen daher besondere Anerkennung. Fachkräfte aller Ausbildungsrichtungen werden dringend gesucht und gebraucht. In München haben wir berufliche Schulen fachlich, technisch und pädagogisch auf bestem Niveau, um eine exzellente und zeitgemäße berufliche Bildung in allen Fachrichtungen zu ermöglichen. Dafür werden finanzielle Mittel für die beruflichen Schulen bereitgestellt. Neben der Ausstattung der Schulen muss auch eine hohe Ausbildungsqualität in den Betrieben sichergestellt sein. Die Auszubildenden müssen hier die Möglichkeit haben, alle notwendigen Kompetenzen für den Beruf zu erlangen. Wir unterstützen Ausbildungsbetriebe bei dieser verantwortungsvollen und wertvollen Aufgabe.

Wir stärken die berufliche Bildung und sind überzeugt, dass eine gute Ausbildung der Grundstein für ein erfolgreiches und glückliches Leben ist. Wir wollen deshalb bereits in der Grundschule Wege zu einer erfolgreichen Bildungsbiografie ohne Studium aufzeigen, um die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung zu unterstreichen. Der Zugang zur Berufsorientierung soll in der Sekundarstufe verstärkt ausgebaut werden. Dies soll eine Karriere in Handwerk, Facharbeit oder anderen Ausbildungsberufen erfahrbar machen. Dadurch wird außerdem der gesellschaftliche Respekt vor diesen Berufen ausgedrückt. Berufliche Schulen stehen für uns gleichwertig neben den allgemeinbildenden Schulen. Abgeschlossene Ausbildungen stehen für uns gleichwertig neben akademischen Abschlüssen.

Der Lehrkräftemangel ist auch an den beruflichen Schulen deutlich spürbar. Wir sehen die hohen pädagogischen und fachlichen Anforderungen an Berufsschullehrkräfte. Einen besonderen Fokus setzen wir auf die zukünftige Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Wir wollen junge, motivierte Menschen durch attraktive Arbeitsbedingungen als Lehrkräfte für berufliche Schulen gewinnen.

Den beruflichen Schulen kommt eine besondere Bedeutung in der Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund zu. An Berufsschulen müssen mehr Kurse zum Erwerb der jeweiligen Fachsprache angeboten werden. Dies ermöglicht den Berufsschüler\*innen mit Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache eine faire Chance, die Fachbegriffe korrekt einzusetzen. In den bayerischen Berufsschulen der Zukunft kommt der Schulsozialarbeit eine unterstützende und fördernde Rolle zu. Sie muss wegen ihrer hohen Bedeutung und Wirksamkeit ein fester Bestandteil der Schulfamilie sein, um Chancengerechtigkeit durch umfassende Begleitung zu sichern. Der Betreuungsschlüssel der Schulsozialarbeit muss daher deutlich verbessert

werden. Die Möglichkeit eine Berufsintegrationsklasse zu besuchen, muss von derzeit 2 auf flexible 3-4 Schuljahre ausgebaut werden.

Zu einer gerechten beruflichen Schule gehören auch faire Prüfungsbedingungen. Prüfungstexte sollen abgesehen von der notwendigen Fachsprache bei Bedarf in Leichter Sprache formuliert sein. Um zu vermeiden, dass nicht bestandene Prüfungen zu einer Wiederholung der kompletten Ausbildung führen, sollen fachbezogene Nachprüfungen oder ein viertes Lehrjahr möglich sein. Für Berufsschüler\*innen mit Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache oder erhöhten Förderbedarf sollen eine längere Bearbeitungszeit für die Prüfung vorgesehen werden. Bereits bestehende Kompetenzen aus praktischer Erfahrung oder Ausbildungen in einem anderen Land müssen angemessen anerkannt werden. Im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen müssen in Bayern unkompliziert anerkannt werden.

#### 4) Junge Menschen lernen immer und überall

Das Leben junger Menschen darf niemals ausschließlich durch die von ihnen besuchten Bildungseinrichtungen definiert sein. Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche auch außerhalb von Kita/Schule unterstützt werden und ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten geboten bekommen. Hierzu gehören ausreichende Spielflächen und Freizeitangebote ebenso wie eine gute Ausstattung der Sportvereine, damit jeder junge Mensch seine Freizeit nach den eigenen Wünschen gestalten kann. Eines der wichtigsten Grundbedürfnisse junger Menschen ist dasjenige nach Raum, insbesondere solchem, wo man sich ungestört - und ohne als störend wahrgenommen zu werden - treffen und entfalten kann. Die Landeshauptstadt München hat ein breites Angebot an Freizeitstätten, Spiel- und Sportflächen und wirbt auch politisch um Verständnis für die Bedürfnisse junger Menschen. Jede Kommune muss seitens des Freistaats dabei unterstützt werden, ein breites Spektrum solcher Möglichkeiten zu schaffen.

Um Kinder und Jugendliche angemessen vor Gewalt und Missbrauch zu schützen, braucht es flächendeckende Aufklärungs- und Beratungsangebote sowie niederschwellige Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit den Jugendämtern bei Bedarf. Angebote wie die Hausbesuche der Kinderkrankenschwestern müssen im Freistaat flächendeckend angeboten und um einen Besuch auch zu Beginn der Grundschulzeit ergänzt werden. Medienpädagogik, Gewaltprävention und Toleranzschulungen müssen ebenso flächendeckend und niederschwellig angeboten werden, wie Beratungsangebote und "Helplines" per Telefon, Chat oder Social Media. Überall dort, wo junge Menschen sind, braucht es wirksame Schutzkonzepte.

Demokratiebildung ist ein ganz zentraler Aspekt für ein gutes Aufwachsen junger Menschen und bietet die Möglichkeit zur politischen Teilhabe von frühester Kindheit an. Wir wollen im Freistaat die Grundlage für Mitbestimmung und Partizipation auf allen Ebenen schaffen und Kommunen finanziell bei der Umsetzung von Projekten der Kinder- und Jugendpartizipation unterstützen. Neben Projekten wie dem neuen Münchner Kinder- und Jugendrathaus sollen alle bayerischen Kinder einmal im (Schul-)Leben ihre örtliche Kommune besuchen, um ihre Mitwirkungsmöglichkeiten zu erleben. Jugendorganisationen benötigen ausreichend finanzielle Mittel. In Zeiten, in denen nicht institutionalisierte Gruppierungen und thematische Aktivist\*innenorganisationen zunehmend attraktiv für junge Menschen sind, muss eine Möglichkeit gefunden werden, z. B. über eigene Jugendbudgets, auch Projekte zu finanzieren, die keine eingetragenen Vereine o.ä. im Rücken haben. Das Wahlalter muss in einem ersten Schritt auf 16 gesenkt werden, um Jugendlichen echte Mitsprache zu ermöglichen. Kommunale Möglichkeiten der Mitbestimmung müssen auch für diejenigen Menschen zugänglich gemacht werden, die kein (kommunales) Wahlrecht haben (z. B. aufgrund von Alter oder Staatsbürgerschaft).

#### **FORDERUNGEN**



Um Bildung für alle gerecht, zugänglich und bereichernd zu machen und allen jungen Menschen das bestmögliche Aufwachsen in Bayern zu ermöglichen fordern wir konkret:

### 1) Im frühkindlichen Bereich

- Flächendeckendes Angebot kostenfreier Kitas über das BayKiBiG. Mit dem Betrieb von Kitas sollte man keinen Profit machen können. Als erster Schritt Begrenzung von Kitagebühren in Bayern und die Möglichkeit von kommunalen Förderprogrammen für Kitas
- Zusätzliche Angebote und Therapien direkt in Kitas, wo möglich
- Verpflichtendes letztes Kindergartenjahr
- Sprachförderung (Vorkurs Deutsch u.ä.) in ausreichender Anzahl für alle Kinder
- Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel: mehr Studienplätze für Sozialpädagogik, breite Finanzierung von bezahlten Ausbildungsangeboten für Erziehungsberufe und Unterstützung von Quereinsteiger\*innen bei der Finanzierung einer Ausbildung oder eines (dualen) Studiums
- Schuleingangsuntersuchung möglichst frühzeitig, um frühzeitige zusätzliche Unterstützung zu ermöglichen
- Unterstützung von Mehrsprachigkeit z. B. durch Kooperationen mit muttersprachlichen Angeboten im Viertel unterstützen
- Das Konzept der Sprach-Kitas dauerhaft in Bayern etablieren und finanzieren
- Unterstützung von inklusiven Angeboten im Kitabereich und finanzielle Unterstützung beim Bau barrierefreier Kitas
- Hochqualitatives Bildungsangebot in allen städtischen Kitas durch gut ausgebildetes und bezahltes Personal, sowie der nötigen Finanzierung für eine bedarfsgerechte Ausstattung. Kindergärten sind wörtlich zu verstehen und brauchen überall in der Stadt Zugang zu Grünflächen, um naturnahe Bildung zu ermöglichen

### 2) Im schulischen Bereich

- Gemeinschaftsschulen müssen kurzfristig als gleichwertige Alternative zugelassen werden und langfristig die einzige Schulform sein
- Reform der Lehramtsausbildung, um den Lehrkräftemangel endlich zu beheben
- Keine Klasse mit mehr als 25 Schüler\*innen
- Ein gutes pädagogisches Konzept für qualitativ hochwertigen Ganzttag
- Ausbau des Lernhauskonzeptes auch an weiterführenden Schulen
- Echte Lernmittelfreiheit
- Ein Modellprojekt, das den kooperativen Ganzttag auch an Mittelschulen erprobt
- Kostenfreies Frühstück und Mittagessen für Schüler\*innen
- Abschaffung von unangekündigten Leistungsnachweisen an allen Schulen

- Keine Noten in Sport, Kunst, Musik und Religion
- Umwandlung der Förderschulen in echte Kompetenzzentren, die die Regelschulen unterstützen und ein Wahlangebot für Eltern bereithalten, die ihre Kinder dort beschult haben möchten.
- Etablierung von Schulkrankenpflege an allen Schulen
- Therapeutische Angebote und Erziehungsberatungsstellen auch direkt in Schulen
- Ein massiver Ausbau des Schwimmunterrichts
- Veränderung des Lehrplans hin zu lebenspraktischen Themen
- Nationale und internationale pädagogische Austauschprogramme für Lehrkräfte
- Weiterbeschäftigung von angestellten Lehrkräften auch in den Sommerferien und gleiche Eingruppierung und Beförderung aller Lehrkräfte. Lehramtsstudierende sollen an Schulen gehen, um dort etwas für ihren späteren Beruf zu lernen, nicht um als Ergänzungskräfte den Betrieb aufrechtzuerhalten. Zukunftsorientierte Einstellung von Lehrkräften
- ein Werbe- und Qualifizierungs-Programm des Freistaats für Lehrkräfte, damit die Schulen wieder über genügend Lehrkräfte verfügen und die Kinder in kindgerechter Atmosphäre motiviert lernen können
- Bessere Eingruppierung von Verwaltungskräften und Finanzierung von mehr Verwaltungsstellen an den einzelnen Schulen. Administrative Tätigkeiten sollten nicht durch Lehrkräfte erledigt werden müssen
- Konfessionell ungebundenen Religions-/Ethikunterricht für alle Schüler\*innen ohne Noten
- Abschaffung des "Aktionstages für das Leben"
- Verpflichtender Besuch in einer KZ-Gedenkstätte für alle Schüler\*innen
- Mehr Angebote für Neuzugewanderte zur schulischen Integration an weiterführenden Schulen
- mehr SPRINT-Klassen als auch mehr internationale Klassen als Alternativen und Anschluss an die Deutschklassen an den Mittelschulen
- Abschaffung der Deutschklassen an Grund- und Mittelschulen
- Abschaffung der Zugangsbeschränkungen für Neuzugewanderte an weiterführenden Schulen
- Unterstützung von Schulen bei der Zusammenarbeit mit dem örtlichen Jugendamt, sozialen Trägern und Vereinen im Umfeld
- Möglichst weitgehende Inklusion aller Kinder in die Regelschule. Barrierefreiheit der Schulgebäude
- Gute technische Ausstattung der Schulen (iPad-Klassen werden zur Regel, flächendeckend WLAN, Bereitstellung und Wartung von Geräten für Lehrkräfte) und finanzielle Unterstützung der Kommunen hierbei
- die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen Kontingente für MitarbeiterInnen der städtischen Kindergärten und Kindertagesstätten sowie für ErzieherInnen an städtischen Schulen einrichten bzw. weiter erhöhen

### 3) Im Bereich der beruflichen Bildung

- Eine Vermittlungsstelle für Schüler\*innenpraktika und Vorstellung von Bildungswegen ohne akademische Basis, um Ausbildungsberufe zu stärken
- Erhalt der Berufsorientierung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, statt kommerzieller Angebote
- Enge Begleitung von Schulabgänger\*innen im Jahr nach dem Abschluss/Abbrechen der Schule
- Ausbau der staatlichen Finanzierung von Schulsozialarbeit und Berufsintegration
- Schulsozialarbeit und -psychologie an jeder Schule!
- Offensive zur Gewinnung von motivierten Lehrkräften für berufliche Schulen
- Kostenfreie Meister-, Fach- und Technikerschulen wie in München
- Faire Prüfungsbedingungen, insbesondere auch für Schüler\*innen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist
- Unkomplizierte Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse und Qualifikationen

#### 4) Junge Menschen lernen immer und überall

- Ausreichend Angebote und Raum für junge Menschen
- Echte Partizipation junger Menschen
- Wahlrecht ab 16 und Öffnung kommunaler Mitbestimmungsmöglichkeiten auch für Nichtwahlberechtigte
- Schutz von jungen Menschen vor Gewalt und Missbrauch und niederschwelliger Zugang zu Hilfsangeboten und Jugendschutz

#### Überweisen an

Landesvorstand, Landtagsfraktion

**Satzungsändernde Anträge****1/II/2023****Beschluss**

angenommen

**Möglichkeit der Doppelspitze in der Satzung SPD München verankern**

Die Satzung der SPD München wird geändert wie folgt: Abschnitt II § 10 (1), erster Unterpunkt wird geändert wie folgt:

(1) Der Unterbezirksvorstand besteht aus: - dem oder der Vorsitzenden oder zwei Vorsitzenden in Doppelspitze. Der Unterbezirksparteitag beschließt im Rahmen der jeweiligen Wahl, ob ein Vorsitzender oder eine Vorsitzende oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, gewählt werden sollen; die Abstimmung über diese Frage erfolgt geheim nach den Regelungen der Wahlordnung für Einzelwahlen, stimmberechtigt sind nur die Mitglieder des Unterbezirksparteitags, die aktiv wahlberechtigt sind. Entsprechend wird geändert II § 10 (4) Der/die Vorsitzende/n, II § 10 (7) der/die Vorsitzende/n

Abschnitt II § 16 (1) erster Unterpunkt wird geändert wie folgt: (1) Der Ortsvereinsvorstand besteht aus: - dem oder der Vorsitzenden oder zwei Vorsitzenden in Doppelspitze. Die Ortsvereinsversammlung beschließt im Rahmen der jeweiligen Wahl, ob ein Vorsitzender oder eine Vorsitzende oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, gewählt werden sollen; die Abstimmung über diese Frage erfolgt geheim nach den Regelungen der Wahlordnung für Einzelwahlen, stimmberechtigt sind nur die Mitglieder der Ortsvereinsversammlung, die aktiv wahlberechtigt sind.

II § 26 (2) erster Unterpunkt wird geändert wie folgt: (2) Der Landtagsstimmkreisvorstand besteht aus: - dem oder der Vorsitzenden oder zwei Vorsitzenden in Doppelspitze. Die Landtagsstimmkreisversammlung beschließt im Rahmen der jeweiligen Wahl, ob ein Vorsitzender oder eine Vorsitzende oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, gewählt werden sollen; die Abstimmung über diese Frage erfolgt geheim nach den Regelungen der Wahlordnung für Einzelwahlen, stimmberechtigt sind nur die Mitglieder der Landtagsstimmkreisversammlung, die aktiv wahlberechtigt sind.

II § 29(3) erster Unterpunkt wird geändert wie folgt: (3) Der Bundeswahlkreisvorstand besteht aus: - dem oder der Vorsitzenden oder zwei Vorsitzenden in Doppelspitze. Die Bundeswahlkreisversammlung beschließt im Rahmen der jeweiligen Wahl, ob ein Vorsitzender oder eine Vorsitzende oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, gewählt werden sollen; die Abstimmung über diese Frage erfolgt geheim nach den Regelungen der Wahlordnung für Einzelwahlen, stimmberechtigt sind nur die Mitglieder der Bundeswahlkreisversammlung, die aktiv wahlberechtigt sind.

Die Geschäftsordnung ist entsprechend redaktionell zu überarbeiten.

**Bildung****2/II/2023****Beschluss**  
angenommen**Kontingente bei den städtischen Wohnbaugesellschaften für MitarbeiterInnen der städtischen KiGa/KiTa und für ErzieherInnen der städt. Schulen als Beitrag, MitarbeiterInnen zu finden**

Die Stadt München wird aufgefordert, die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu verpflichten, Kontingente für MitarbeiterInnen der städtischen Kindergärten und Kindertagesstätten sowie für ErzieherInnen an städtischen Schulen einzurichten bzw. weiter zu erhöhen.

**Überweisen an**  
Stadtratsfraktion**10/II/2023****Beschluss**  
angenommen**Solidarität und Unterstützung von „Bildungswende JETZT“**

Der Parteitag möge beschließen, dass die Münchner SPD das Bündnis „Bildungswende JETZT“ unterstützt und zur Demonstration am 23. September aufruft.

**16/II/2023****Beschluss**  
angenommen

## Integration statt Segregation – Einführung eines kultursensiblen Bildungsclearing für Neuzugewanderte an den bayerischen Schulen

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus führt zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein kultursensibles Bildungsclearing als Baustein der schulischen Integration neuzugewanderter Schüler\*innen ein. Seine Hauptaufgabe soll es sein, möglichst rasch eine umfassende, vollständige Unterstützung neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher zur Bildungsintegration zu leisten. Schuler\*innen werden entsprechend ihrer Begabung beschult, Eltern werden durch eine zentrale Anlaufstelle beim Übergang in das bayerische Schulsystem unterstützt und begleitet. Die bisher vorhandene institutionelle Diskriminierung durch die automatische Zuweisung ohne vorherige Analyse der Schullaufbahn zu den Deutschklassen (an Mittelschulen) wird dadurch zumindest eingedämmt.

### Überweisen an

Landtagsfraktion

---

18/II/2023

**Beschluss**  
angenommen

## Mehr Lehrpersonal für die Schulen

Die Bayerische Staatsregierung muss sofort ein Werbe- und Qualifizierungsprogramm für Lehrkräfte auflegen, damit die Schulen wieder über genügend Lehrkräfte verfügen und die Kinder in kindgerechter Atmosphäre motiviert lernen können. **Wir fordern:**

- mehr Ausbildungsplätze und Studiengänge für Lehrpersonal – und mehr Werbung für Lehramtsstudien
  - mehr Angebote von Kurzausbildungen und schnellere Anerkennung von Abschlüssen für Quereinsteiger und Lehrpersonal aus anderen Ländern,
  - bessere Bezahlung vor allem in Grund- und Mittelschulbereich,
  - Nutzung von pädagogisch qualifiziertem Personal für schulische Veranstaltungen zur Entlastung bzw. bei Personalausfall, vor allem in den Bereichen Kunst, Theater, Sport, Spiel, Soziales, Umweltbildung, etc
  - Einräumung von Gestaltungsmöglichkeiten (mit Budget) für die Schulen, damit diese selbst und flexibler auf Betreuungsdefizite reagieren können.
-

**19/II/2023**

## **Beschluss**

in geänderter Fassung angenommen

### **Schnellere Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen**

Die Bayerische Staatsregierung muss dringend schnellere Wege zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen ermöglichen.

## Anträge

13/II/2023

### Beschluss

in geänderter Fassung angenommen

## Sofortige Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie

Die Entscheidung der Mindestlohnkommission vom 26.06.2023 ist ein herber Schlag ins Gesicht von sechs Millionen Menschen. Der Erfolg der SPD mit der Einführung und der gesetzlichen Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro, wird so zurückgedreht. Diese Entscheidung ist für die betroffenen Menschen und eine engagierte SPD nicht hinnehmbar. Die Mindestlohnkommission mit ihrer Vorsitzenden Christiane Schonefeld vertritt offensiv Arbeitgeberinteressen und marktliberale Expertenmeinungen. Als Basis für die nächste Erhöhung wurde nicht der aktuell geltende Mindestlohn von 12 Euro zur Grundlage genommen, sondern den vom Gesetzgeber abgelosten, zuvor geltenden Mindestlohn in Höhe von 10,45 Euro. Die Festsetzung von 12,41 Euro zum 1.1.2024 bzw. 12,82 Euro zum 1.1.2025 bedeutet für die betroffenen Menschen signifikante Reallohnverluste mit all ihren Folgen. Wir beantragen, dass sich die SPD-Fraktion für die sofortige Einführung der EU-Mindestlohnrichtlinie einsetzt. Ziel soll die Umsetzung zum 1.1.2024 sein und damit die Erhöhung des Mindestlohns auf 14 Euro.

Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass die Mindestlohnkommission dringend reformiert werden muss. Dafür fordern wir folgende Anpassungen: - Die Festlegung des Mindestlohns muss sich auf den zuvor geltenden Betrag beziehen. Auch politisch beschlossene Erhöhungen müssen dabei selbstverständlich berücksichtigt werden. - Eine Entscheidung gegen die geschlossene Abstimmung der Arbeitnehmer\*innen-Seite darf zukünftig nicht möglich sein. - Die Bundesregierung muss die Möglichkeit bekommen, die Höhe des Vorschlags der Mindestlohnkommission nach oben korrigieren können, wenn es die politische Situation erfordert oder muss Vorschläge zur Korrektur an die Mindestlohnkommission zurückweisen können

### Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion



## Initiativanträge

1/II/2023

### Beschluss

in geänderter Fassung angenommen

## Flucht und Asyl, aber sicher!

Wir lehnen den “Kompromiss” ab, den der EU-Ministerrat zu Asylverfahren in Europa beschlossen hat. Wir verstehen die Bemühungen zu einer für die Staaten an den Außengrenzen der EU besseren Regelung zu kommen, da sie unter dem bisherigen System oft mit der Aufnahme der Geflüchteten allein gelassen werden. Der “Kompromiss” ist dafür aber kein taugliches Instrument, da dies nicht zu einer wirksamen Entlastung führt und gleichzeitig die europäischen Werte und die Menschenrechte verrät. Er führt zu einer Verschlechterung der Situation Geflüchteter und versucht vergeblich rechtsgerichtete Regierungen in Europa durch Anpassung hinterher zu laufen. Konkret kritisieren wir insbesondere die Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen: Schon heute gibt es keine einheitliche rechtliche Situation noch einheitliche Standards in allen Staaten der EU zur Prüfung auf Asyl. Viele Bescheide des BAMFs (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) werden von Gerichten revidiert. Es ist zu erwarten, dass die Prüfungen an den Außengrenzen in vielen Fällen zum Nachteil der Asylsuchenden ausgehen. Darüber hinaus ist die Unterbringung in Lagern an der Außengrenze haftähnlich, wenn die Geflüchteten diese nicht in Richtung der EU verlassen dürfen.. Von der Flucht oftmals traumatisiert, sind Geflüchtete damit für Hilfsorganisationen schwer zugänglich. Dies als Verbesserung der Situation darzustellen ist zynisch und unangemessen. Ohne eine diplomatische Lösung und Suche nach einem Gespräch mit den Staaten in West und Zentralafrika, ist auch die Idee eines schnellen Asylverfahrens an den EU Grenzen bereits jetzt zum Scheitern verurteilt, wenn die Menschen, die Asyl nicht bekommen, nicht zurückreisen können. Die sichere Rückreise ist in dem Fall nicht möglich, weil es keine Einigung mit den Herkunftsländern und Transferländern (wie die des Westbalkans) gibt. Dies wird nur zu ähnlich elenden Zuständen wie in Moria führen. Unabhängig davon sieht der Kompromiss vor, dass bei abgelehnten Asylanträgen auch eine Abschiebung in Drittstaaten möglich sein soll. Hierfür sollen Abkommen mit vermeintlich sicheren Drittstaaten geschlossen werden, Abschiebungen werden damit erleichtert und wahrscheinlicher und gleichzeitig unsicherer und gefährlicher. Das Recht auf Asyl ist ein individuelles Recht. Basierend auf der Herkunft, die Erfolgswahrscheinlichkeit zu beurteilen, widerspricht der Idee, jede individuelle Situation einzeln zu prüfen. Der Aussage der Bundesregierung, dass dies für Geflüchtete aus Syrien oder Afghanistan nicht gilt, wird von vielen NGOs widersprochen: Wenn Menschen über sichere Drittstaaten fliehen – was fast immer der Fall ist – können die Mitgliedstaaten laut dem Text des Kompromisses entscheiden, diese Menschen in die Grenzverfahren aufzunehmen. Hochproblematisch ist auch, dass die Definition sicherer Drittstaaten zukünftig in die Entscheidungsmacht der Nationalstaaten übergehen soll. Das wird zur Folge haben, dass gerade die Staaten an den EU-Außengrenzen Probleme in den Drittstaaten ignorieren und diese als “sicher” deklarieren werden, um Asylsuchende in die Grenzverfahren zu bringen und um sie im Zweifel auch in Transitländer abschieben zu können. Auch der hochgepriesene Verteilungsschlüssel innerhalb der EU läuft ins Leere, wenn sich einzelne Mitgliedstaaten freikaufen können. Durch die Ausgleichszahlungen wird die Nicht-Unterbringung von Geflüchteten zum marktwirtschaftlichen

Gut innerhalb der Europäischen Union. Unabhängig von den konkreten Problemen des Kompromisses ist es vor allem die generelle ideologische Ausrichtung, die ihm zugrunde liegt, die höchst problematisch ist: Der Beschluss des Ministerrats verstärkt die Festung Europa und trägt zu einer weiteren Abschottung bei. Flucht wird weiterhin kriminalisiert, das Sterben im Mittelmeer findet weiterhin kein Ende und Fluchtrouten werden weiterhin unsicher bleiben. Den Anstieg der rechts-populistischen Parteien in der EU unterbindet man nicht, indem man die Politik und Rhetorik dieser Parteien in den eigenen Beschlüssen und Reformen umsetzt. Es schleicht sich der Eindruck ein, dass die Regierungen unbedingt eine Reform vor der nächsten Europawahl umsetzen möchten, damit man in einem Jahr sagen kann, man hätte die Anzahl der Asylsuchender gesenkt – aber um welchen Preis? Um den Preis, dass man mit dem Leben der Tausenden von Menschen pokert und die eigene „Werte“ und Rechtsprinzipien für nichtig erklärt. Das höchste Ziel der Regierungen der EU und der Institutionen der EU, um ihre sogenannten humanistischen Werte wieder glaubwürdig zu machen, sollte ein Vision Zero (Null Tote an den EU-Grenzen) für das Mittelmeer und eigene Grenzen sein. Unsere Asylpolitik muss auch einen besonderen Fokus auf den Schutz der Kinderrechte haben. Kinder erleben in den Krisen Traumatisierung und verlieren ihre Lebensgrundlage. Mit der UN-Kinderrechtskonvention haben sich fast alle Staaten weltweit auf den Schutz von Kindern geeinigt. Aus diesem Grund ist es mehr als wichtig dass die Mitgliedsstaaten der EU sich für den Schutz der Kinder, besonders auf ihren Grenzen einsetzen, die internationale Vereinbarungen einhalten und die finanziellen Mindeststandards für die Humanitäre Missionen für Kinderschutz sichern (der Bedarf ist weltweit nur zu 43% gedeckt). Wir begrüßen, dass der Münchner Stadtrat bereits in der Vollversammlung am 29.09.2021 die Erklärung europäischer Städte von Palermo bestätigt hat. Diese Erklärung hat schon damals die anstehenden Entwicklungen antizipiert und sich politisch klar dagegen gestellt. München ist sicherer Hafen und ist weiterhin bereit, Geflüchtete aufzunehmen und gut in die vielfältige und bunte Stadtgesellschaft zu integrieren.

Wir fordern die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Bundesregierung auf, sich im anstehenden Trilog gegen die Ratifizierung dieses Kompromisses einzusetzen. Außerdem fordern wir konkret:

- Das Recht auf Asyl muss individuell geprüft werden, die Herkunft darf dabei keine Rolle spielen
- Keine Lager an den Außengrenzen
- Keine Abschiebung in Drittstaaten
- Strenge Prüfungen der Anerkennung von Staaten als sichere Drittstaaten und Entscheidungen darüber gemeinsam in der europäischen Union
- Eine faire Verteilung in Europa, aus der sich niemand freikaufen kann
- Es braucht endlich sichere Fluchtrouten sowohl über Land als auch über Wasser. Das Sterben muss endlich ein Ende haben
- Die von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel müssen endlich an Initiativen der privaten Seenotrettung fließen

## Überweisen an

Bezirksparteitag, Landesparteitag

**2/II/2023****Beschluss**  
angenommen**Streumunition weiterhin ächten**

Das „Übereinkommen gegen Streumunition“ wurde von der Bundesrepublik Deutschland 2009 ratifiziert, wie dies inzwischen 111 Staaten getan haben. Das Abkommen trat 2010 in Kraft.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des geplanten Einsatzes von Streumunition durch die Ukraine, die sich gegen den Angriff aus Russland zur Wehr setzen muss, fordern wir die Bundesregierung und die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag auf, an der Ächtung von Streumunition mit Nachdruck festzuhalten und dies öffentlich zu machen.

Streumunition wurde verboten, weil der Einsatz in hohem Maß zivile Opfer fordert. Der russische Einsatz von Streumunition ist bereits nahe an einem Kriegsverbrechen und sollte nicht als Beispiel dienen.